



PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 19. NOVEMBER 2019



ANTRAG **BREMEN SOLL SICH EINFLUSS IN HEMELINGEN SICHERN**

Die Bürgerschaft will Bremen Einfluss auf die weitere Entwicklung in Hemelingen sichern. Dazu hat sie den Senat heute aufgefordert, ihr ein Vorkaufsrecht sowie eine Veränderungssperre für das ehemals von den Firmen Könecke und Coca Cola genutzte Gelände vorzulegen. Für Falk Wagner, Sprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion, steht fest: „Das ist eine Chance, die sich nur alle paar Jahrzehnte so ergibt. Und diese historische Chance für Hemelingen sollten wir nutzen.“

Es geht um eine mehr als elf Hektar große Fläche, gut an den Verkehr angeschlossen und mit dem Potenzial, den Hemelinger Ortskern wiederzubeleben und ein neues Zentrum zu bilden: das ehemals von Könecke und Coca Cola genutzte Gelände. In der Neugestaltung dieser Flächen liegt eine historische Chance für Hemelingen“, sagte Falk Wagner in seiner Rede in der Bürgerschaft. „Und die SPD – und mit ihr die Koalition – ist gewillt, diese Chance zu nutzen.“



Falk Wagner

Hemelingen, so führte der Sozialdemokrat aus, sei Bremens zweitgrößter Stadtteil und der wirtschaftliche Kraftprotz Bremens. Doch fehle ein attraktives Stadtzentrum und mit Ausnahme des Ortsteils

Hastedt fehlten auch attraktive Wegebeziehungen in die Innenstadt. Ziel – und durch die Deputation in einem Planaufstellungsbeschluss festgehalten – sei es, ein neues Zentrum zu bilden, in dem nachbarschaftliches Wohnen, Einkaufen und Mobilität ein eng geknüpftes Netz bildeten. Ziel sei zudem, neue Wegebeziehungen zu schaffen, durch die Hemelingen näher an die Innenstadt rücke. Und Ziel sei es auch, dass Wohnen – auch durch den Bau neuer, preisgünstiger Mietwohnungen – bezahlbar bleibe.

Im heute verabschiedeten und von der SPD-Fraktion auf den Weg gebrachten Antrag bekräftigte die Bürgerschaft diese Planungsziele. Und sie beschloss, den Instrumentenkasten zu nutzen, den das Baurecht hergibt, um diese Planungsziele abzusichern. „Dazu gehört ein Vorkaufsrecht der Stadt auf das Gelände und soweit erforderlich – also falls es schon einen Investor gibt, der sich vorher Eigentumsrech-

te sichert – Veränderungssperren für das Gelände“, erklärte Wagner und stellte klar: „Es ist nicht so, dass wir uns nicht über einen Investor freuen würden. Aber dieser Investor muss die Ziele, die im öffentlichen Interesse liegen, teilen.“

Wagner abschließend: „Es geht uns darum, für die Stadt den Fuß in der Tür zu haben. Auf ‚Nummer sicher‘ zu gehen und jede Vorsichtsmaßnahme zu ergreifen, die möglich ist, um die Planungsziele zu sichern – bestenfalls werden wir sie dann nicht anwenden müssen. Dies ist angemessen angesichts einer Chance, die sich nur einmal alle paar Jahrzehnte so ergibt. Und diese historische Chance für Hemelingen sollten wir nutzen!“

> Antrag: Ein neues Zentrum für einen alten Stadtteil – Hemelings städtebauliche Entwicklung absichern
bit.ly/vorkauf_hemelingen

ANTRAG **NEUE WEGE BEI HILFE FÜR OBDACHLOSE**

„Housing First“ – hinter diesem Begriff steckt ein Ansatz, der Obdachlosen helfen soll. Die Idee: Sie erhalten zunächst eine Wohnung und dann die notwendige weitere Hilfe. In Bremen soll der Senat dazu nun ein Konzept entwickeln und ein entsprechendes Pilotprojekt auf den Weg bringen. Das hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition beschlossen. Und die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, ist überzeugt: „Wir sollten, ja wir müssen diesen Ansatz im Interesse der obdachlosen Menschen auch in Bremen erproben.“

„Obdachlosigkeit gehört zu den drängendsten sozialen Herausforderungen – und das nicht nur jetzt, wo der Winter vor der Tür steht“, betonte Pfeiffer. Zwar gebe es in Bremen eine Vielzahl von Hilfsangeboten, die von hochengagierten ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet werde. Diese Angebote seien gut und richtig, und sie müssten selbstverständlich finanziell abgesichert und fortgeführt werden, betonte Pfeiffer.

Doch könnten bisher nicht alle obdachlosen Menschen, die wollten, mit einer Wohnung versorgt werden, so die Sozialdemokratin weiter. Zudem könne eine Notunterkunft das Ankommen in einer eigenen Wohnung nicht ersetzen. Pfeiffer: „Das Ziel unserer Sozialpolitik muss es doch sein, Menschen möglichst zügig und dauerhaft mit Wohnraum zu versorgen. Deshalb wollen wir unser Hilfesystem ergänzen. Mit einem Einstieg in ein neues Konzept – eben ‚Housing First‘.“

Der Unterschied zum bisherigen System liege darin, dass den Betroffenen im ersten Schritt eine Wohnung gegeben werde, ohne Befristung oder Bedingungen. Dann



Birgitt Pfeiffer

kümmere man sich um alle weiteren Probleme. Der Ansatz „Housing First“ arbeite mit einem Vertrauensvorschuss – und dies mache einen großen Unterschied aus. „Das Schlimmste, also der Verlust einer Wohnung,



kann nicht mehr passieren. Das gibt Halt“, erklärte Pfeiffer. „Und wir als Gesellschaft machen damit deutlich: Wir trauen Dir das zu. Das verschafft Ruhe, das motiviert, nun auch alle anderen Schritte zu gehen. Und vielleicht das Wichtigste: Es gibt Würde zurück. Das ist ein Systemwechsel, den wir dringend brauchen.“

In den USA, Kanada, Finnland und den Niederlanden werde dieser Ansatz bereits erfolgreich praktiziert, und auch in Deutschland gebe es, etwa in Hamburg, Düsseldorf und Hannover, erste positive

Erfahrungen, berichtete Pfeiffer. Und für sie ist die Konsequenz klar: „Wir sollten, ja wir müssen diesen Ansatz im Interesse der obdachlosen Menschen auch in Bremen erproben“, sagte sie an die anderen Abgeordneten gewandt. „Lassen Sie uns mit ‚Housing First‘ neue Wege beschreiten. Denn zur Menschenwürde gehört ein Recht auf eine Wohnung.“

> Antrag: Obdachlosigkeit bekämpfen – Housing First auch in Bremen umsetzen
bit.ly/konzept_housing_first

FRAGESTUNDE **BUSSGELDER WEGEN MIETWUCHER IN BREMEN?**

Fast die Hälfte aller Bremer Haushalte gibt mehr als 30 Prozent ihres Nettohaushaltseinkommens für die Kaltmiete aus. Nach der Ordnungswidrigkeit Mietwucher – also der übermäßigen Erhöhung von Mietpreisen, im Wirtschaftsstrafgesetzbuch auch Mietpreisübererhöhung genannt – erkundigte sich in der heutigen Fragestunde der Stadtbürgerschaft der SPD-Fraktionssprecher für Wohnen, Falk Wagner. Er wollte vom Senat wissen, wie viele Fälle von Mietwucher in Bremen in den vergangenen fünf Jahren verzeichnet wurden, wo mögliche Verdachtsfälle gemeldet werden können und ob es ein Verfahren zur systematischen Prüfung dieser

Meldungen gibt, falls dem Senat derartige Fälle bekannt werden.

Bausenatorin Maike Schaefer antwortete für den Senat, dass in den vergangenen fünf Jahren keinerlei Bußgelder für die Ordnungswidrigkeit Mietpreisübererhöhung verhängt worden seien. Auch entsprechende Anzeigen habe es nur wenige gegeben, sowohl seitens der Behörden, als auch durch Bürgerinnen und Bürger.

Entstehe der Verdacht auf eine übermäßige Verteuerung der Miete, so Schaefer, sei ihre Behörde die richtige Anlaufstelle für Mieterinnen und Mieter. Dort prüfe

man dann, ob die Ordnungswidrigkeit Mietwucher vorliege. In der Praxis, betonte Schaefer, könne ein entsprechendes Fehlverhalten seitens der Vermieterinnen und Vermieter jedoch nur äußerst schwer nachgewiesen werden, um den Bestand des Mietwuchers gerichtsfest belegen zu können. Andere Steuerungsinstrumente würden dann herangezogen, beispielsweise das Bau- oder Zivilrecht. Häufig zeige sich dann etwa, dass eher mit bauordnungsrechtlichen Maßnahmen vorzugehen sei statt mit dem Wirtschaftsstrafrecht, etwa dann, wenn für eine Vermietung eines Objektes keinerlei Genehmigung gegeben sei.

FRAGESTUNDE FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN BEI E-SCOOTER-VERLEIHERN?



„Wir wollen faire Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bremen“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani, heute am Rande der Bürgerschaft. Und die sozialpolitische Sprecherin, Birgitt Pfeiffer, ergänzte: „Mit Sorge haben wir daher die Berichte über prekäre Arbeitsbedingungen beim E-Scooter-Verleiher Lime zur Kenntnis genommen, der in Bremen mit seinem Angebot an den Start gehen wollte. Dies war für uns der Anlass, beim Senat nachzufragen, inwiefern die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis berücksichtigt werden. Denn ein Geschäftsmodell, das auf der Ausbeutung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern basiert, können wir nicht akzeptieren.“

Heute nun beantwortete Arbeitssenatorin Kristina Vogt die Fragen für den Senat. Und sie betonte, dass dieser im Rahmen der

Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen wolle. In laufenden und künftigen Erlaubnisverfahren solle so sichergestellt werden, dass diese einen Arbeitnehmerstatus hätten und den Mindestlohn erhielten.

Auf Nachfrage der SPD-Abgeordneten Sascha Aulepp erklärte Vogt, dass das Innenressort geprüft habe, ob dies im Rahmen eines solchen Erlaubnisverfahrens möglich

sei – und dass dieses zu der Einschätzung gekommen sei, dass dies der Fall sei. Sollte dem nicht so sein, werde der Senat andere Möglichkeiten zur Einflussnahme prüfen, so Vogt auf eine weitere Nachfrage von Aulepp. Senatorin und Abgeordnete stimmten zudem darin überein, dass der Mindestlohn nur die untere Lohngrenze markieren könne und es wünschenswert sei, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser bezahlt würden.

Auch Jasmina Heritani zeigte sich zufrieden mit der Antwort des Senats. „Wir halten das Vorgehen des Senats für absolut richtig. Denn es kann nicht sein, dass diese Anbieter ihr Geschäft auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen, die in prekären oder sogar ausbeuterischen Verhältnissen beschäftigt werden. Bremen muss hier alle Möglichkeiten zur Einflussnahme nutzen. Und dass der Senat dies nun aktiv angegangen ist, begrüßen wir ausdrücklich.“



Jasmina Heritani

Sascha Aulepp

ANTRAG OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT SOLL GESTÄRKT WERDEN

Die offene Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren schafft wichtige Freizeitangebote für Heranwachsende. Diese Angebote zeigen das Potenzial der Kinder und Jugendlichen auf und fördern es. Talente können entdeckt und die Gemeinschaft insgesamt gestärkt werden. Petra Krümpfer, Sprecherin für Kinder und Jugend in der SPD-Fraktion, sagte dazu heute in der Stadtbürgerschaft: „Die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt sind uns wichtig. Durch die Kinder- und Jugendarbeit werden Angebote geschaffen, in denen die Heranwachsenden demokratische Prozesse erfahren und den Umgang mit Vielfalt, Diversität und Toleranz erleben.“

Im Bremischen Stadtgebiet trägt eine vielfältige Trägerlandschaft zu diesem Angebot bei – oftmals ist deren Arbeit speziell auf ein Quartier ausgerichtet, in

einigen Fällen haben die Angebote aber auch eine überregionale Anziehungskraft. Die Bürgerschaft hat daher heute einen Antrag beschlossen, den die rot-grün-rote Koalition gemeinsam mit der FDP eingebracht hatte. Das Ziel des Antrages: Stadtteilübergreifende Angebote sollen über ein eigenes Budget finanziert werden. Die so freigewordenen Mittel können dann in den Quartieren für andere Angebote genutzt werden. Der Senat soll daher unter Beteiligung des Jugendhilfeausschusses Kriterien für die Zuordnung aufstellen. Außerdem soll ausgeschlossen werden, dass einzelne Stadtteile durch stadt-

teilübergreifende Angebote benachteiligt werden sowie sichergestellt werden, dass auch Kinder unter zwölf Jahren ein umfassendes Freizeitangebot erhalten.

Dazu müssten nun im Detail noch einige Fragen und die Kriterien geklärt werden, betonte Petra Krümpfer, ließ aber keinen Zweifel daran, dass grundsätzlich eine Veränderung nötig ist. „Ein zusätzliches Budget für stadtteilübergreifende Freizeiteinrichtungen entlastet die Stadtteilbudgets und bietet Möglichkeiten für neue Angebote“, sagte sie. Von großer Bedeutung sei dabei das Freizeitangebot für Kinder bis zum 12. Lebensjahr. Krümpfer: „Es ist wichtig, eigene Angebote für jüngere Altersgruppen anzubieten. Denn oftmals ist zu beobachten, dass jüngere Geschwister von der älteren Schwester oder dem älteren Bruder mitgebracht werden, weil diese auf sie aufpassen müssen.“



Petra Krümpfer